

Basta!

Nr. 4 / Oktober 2013

Basels starke Alternative

Die Verdichtung der Rendite

Nein zum Claratum

„Aufwertung!“ So hiess jahrelang das Zauberwort in der Stadtentwicklung. Beispielhaft dafür steht das St. Johann mit der „Aufwertung“ rund um den Voltaplatz. Die Kehrseite ist bekannt: Aufwertung, wie sie die Stadtplaner betrieben haben und immer noch betreiben, bedeutet auch Verdrängung. Das neue Zauberwort heisst „Verdichtung!“. Es wird wieder attraktiv, in der Stadt zu wohnen, die Bevölkerung nimmt zu, die Preise steigen, Wohnraum wird knapp. Mehr Wohnungen müssen gebaut werden, Hochhäuser müssen her... Wenn es nur so einfach wäre!



Der sechshundneunzig Meter hohe Claratum wird uns als wichtiger Beitrag zur Verdichtung und zur Entspannung des Wohnungsmarktes verkauft. Worum geht es bei diesem Projekt? Laut Ratschlag sollen anstelle der bestehenden 50 bis 60 Wohnungen ca. 170-180 neue Wohnungen gebaut werden, vorwiegend Ein-, Zwei-, Drei- und ein paar 5 Zimmerwohnungen (Tageswoche). Diese Wohnungen werden 60 bis 130 m² gross sein (Ratschlag). Klar ist, dass es sich nicht um Familienwohnungen handelt. Bis vor kurzem hiess es, die Mietzinsen bewegten sich „im mittleren Preissegment“. Nun hört man, im Jahr 2011 habe der „Marktpreis“ einer 2-Zimmerwohnungen 1'300 bis 1'600 Franken betragen, je nach Stockwerk. Die Preise steigen jedoch Jahr für Jahr, was bedeutet, dass bei Fertigstellung des Projektes die Mietzinsen um einiges höher sein werden. Dreissig Prozent der Geschossflä-

che ist für Geschäfte und Restaurantsbetriebe reserviert. Im Grossen Rat hiess es, im obersten Stockwerk sei ein Restaurant oder eine Bar vorgesehen. Im Abstimmungskampf wird nun plötzlich versichert, da oben entstehe ein öffentlicher Raum, der von Quartiervereinen etc. gemietet werden könne.

Wer ist der Investor, der beteuert, er sei kein Spekulant? Die Balintra AG ist eine Firma der SIMA. Die SIMA ist der grösste börsennotierte Immobilienfonds der Schweiz, er besitzt 350 Liegenschaften im Wert von 6,7 Milliarden Franken. Die SIMA ist keine philanthropische Einrichtung, sondern auf hartes Geschäft ausgerichtet. Die am Fonds Beteiligten wollen Rendite und Profit sehen. Die Immobilien dieses Fonds haben im Jahr 2012 eine Durchschnittsrendite von 5,8 Prozent abgeworfen (s. auch <http://infam.antville.org/stories/2171414>).

Die Nähe zur Messe, aber auch die Wohnungsgrössen lassen aufhorchen. Hier wird weder für Familien noch für die Bevölke-

Fortsetzung Seite 2

Mutationen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Abstimmungsparolen

Nein zum Claratum
Ja zur Volksinitiative „1:12“
Nein zur Familieninitiative
Stimmfreigabe zur Erhöhung des Preises der Autobahnvignette



Wagenplatz vorläufig geduldet – Na also, es geht doch!

Die gute Nachricht

Ende März dieses Jahres liess sich eine Gruppe junger Leute mit ihren Wohnwagen auf einer ungenutzten Brache im Areal des Klybeckhafens nieder. Sie hatten ihren Winterstandort in einem engen Hinterhof an der Freiburgstrasse aus feuerpolizeilichen Gründen verlassen müssen. Nach einer langen und frustrierenden Suche nach einem geeigneten Platz für dieses Wohn- und Lebensprojekt zeigte sich endlich ein Hoffnungsschimmer.

Der Standort an der Uferstrasse ist geradezu ideal. Die ZwischennutzerInnen und die Kunstmesse Scope als unmittelbare NachbarInnen reagierten gelassen bis positiv auf die neuen Nachbarn, und auch von den BewohnerInnen der angrenzenden Quartiere war keine Kritik zu hören. Vor diesem Hintergrund signalisierten die Hafenbehörden und der Regierungsrat die Bereitschaft, eine Duldung des Wagenplatzes bis Ende der Sommerferien zuzulassen.

BastA! verlangte schon Anfang April in einer Medienmitteilung, dass die Wagenburg an der Uferstrasse bleiben solle und freute sich, dass junge Menschen sich aufmachen, ihre Utopie zu leben und mit alternativen Wohn- und Arbeitsformen zu experimentieren. Eine Gesellschaft, die es nicht aushält, dass ihre Normen in Frage gestellt werden, drohe zu erstarren, hiess es weiter in der Mitteilung. BastA! forderte die Hafenverwaltung auf, mit den Leuten der Wagenburg eine einvernehmliche Lösung zu suchen und kleinliche formaljuristische Einwände beiseite zu schieben.

In der Folge entstand einige Unsicherheit, weil die Hafenverwaltung die Verantwortung an die Regierung übergab und diese „auf Tauchstation“ ging und am Ende der Duldung per Ende Sommerferien festhielt. Die Wagenleute organisierten ein Unterstützungsschreiben, welches in kur-

zer Zeit von zahlreichen Personen, darunter auch GrossrätInnen aus den verschiedensten politischen Lagern unterzeichnet wurde. Dieses Schreiben war Teil einer Kampagne, die das Ziel verfolgte, dass der Wagenplatz mittel- bis längerfristig an der Uferstrasse bleiben kann.

Bis zum Ende der Sommerferien gab es von Seiten der Regierung keine weiteren Nachrichten zur Zukunft des Wagenplatzes an der Uferstrasse. Die Wagenleute und ihre zahlreichen SympathisantInnen warteten ab, hinter den Kulissen wurde fleissig lobbyiert und kurz nach Ablauf der Duldungsfrist gab es endlich etwas zu feiern. Am 13. August informierte der Regierungsrat in einer knappen Medienmitteilung, dass die Besetzung auf dem Ex-Migrol-Areal „bis auf Weiteres“ geduldet werde, die Duldung dauere „längstens bis eine legale (Zwischen-) Nutzung für dieses Areal ansteht“. Voraussetzung für diese Duldung ist laut dem regierungsrätlichen Communiqué, dass keine wesentlichen Beschwerden eingehen und sich die Besetzung räumlich nicht weiter ausdehnt. Das sind Bedingungen, die den Wagenleuten keine Probleme bereiten, entsprechend gross war die Freude über diese Nachricht.

Der Entscheid des Regierungsrats ist vernünftig, weil der Standort Uferstrasse für den Wagenplatz ideal ist, und weil kei-

ne konkurrenzierende (Zwischen-) Nutzung in Sicht ist. Es gibt also keine nachvollziehbaren Gründe für eine Räumung, das Gelände wäre im Falle einer Räumung wieder brach gelegen und wahrscheinlich innert kurzer Zeit wieder besetzt worden. Und der rot-grüne Regierungsrat war mit seinem Entscheid sogar ein wenig mutig, denn er hat es zum ersten Mal gewagt, eine Besetzung zu dulden und hat sich damit einer Politik, die sich rot-grün nennen darf, angenähert.

Die Wagenleute sind echte Sympathieträger, die politische Unterstützung für den Wagenplatz war breit und die Empörung der „law and order Hardliner“ vererbte rasch. Diese Umstände haben der Regierung den Entscheid für die weitere Duldung des Wagenplatzes sicher erleichtert. Trotzdem bleibt zu hoffen, dass dieser Anflug von Mut nicht der einzige bleibt und dass sich die Regierung ab und zu darauf besinnt, wie rot-grüne Politik eigentlich aussieht. Die rot-grünen Grundlagenpapiere, die jeweils vor den Wahlen erarbeitet werden, sind nämlich durchaus praxistauglich. BastA! ist bei akutem Gedächtnisschwund gerne bereit, Nachhilfe zu leisten und die entsprechenden Papiere nochmals zu übermitteln.

Heidi Mück

Claratum (Fortsetzung)

zung Kleinbasels gebaut. Die Befürchtung liegt nahe, dass hier in diesen Wohnungen eine grosse Fluktuation der Mieterinnen und Mieter stattfinden wird: Expats, die für kurze Zeit in der Stadt eine Arbeit haben, oder die Kundschaft der Messe. Eine Fluktuation, die dem Kleinbasel nicht gut tut.

Auch die weitere bauliche Verdichtung tut dem Kleinbasel alles anders als gut. Das Kleinbasel ist bereits heute das mit Abstand am dichtesten besiedelte Quartier nicht nur Basels, sondern der ganzen Schweiz. Hier weiter zu verdichten ist Unsinn. Was das Kleinbasel braucht sind Grünflächen, Kinderspielflächen und Frei-

räume. Auch wenn mit dem Bau des Claraturms mit einer Mehrwertabgabe von 5 Millionen Franken zu rechnen ist, werden diese Gelder mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht für neue Parkanlagen oder Freiflächen in Kleinbasel verwendet, sondern in anderen Basler Quartieren eingesetzt. Kleinbasel erhält den Klotz und die Verdichtung, grüner werden jedoch andere Quartiere. Das 100-Millionen-Projekt Claratum macht einmal mehr deutlich, dass die Stadtentwicklung nicht von der Stadt selber bzw. von deren Bewohnerinnen und Bewohnern gemacht wird, sondern von privaten Investoren.

Zu guter letzt: Die Arroganz der Investoren ist grenzenlos. Es zeichnet sich nun ab, wie der Abstimmungskampf aussehen wird. Riccardo Boscardin, Leiter der UBS-

Abteilung Global Real Estate, also der Herr über die UBS Immobilienfonds (die SIMA ist einer davon), tritt höchstpersönlich gemeinsam mit dem Architekten und einigen Alibilinken auf und droht, „es wird so oder so gebaut“. Das mag theoretisch stimmen. Dieses Auftreten zeigt jedoch ganz gut, dass die Investoren sich um die Bevölkerung und um deren Wünsche, wie sich die Stadt entwickeln soll, foutieren. Und während die Gegner des Claraturms nur über geringe finanzielle Mittel verfügen, kann die Befürworterseite mit der grossen Kelle anrichten.

Dennoch und erst recht stimmen wir Nein zur Verdichtung um der blossen Verdichtung und des Profits willen.

Patrizia Bernasconi

Soziale Verantwortung statt wirtschaftshöriger Standortförderung

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Die Interessen der internationalen Firmen und der «guten» Steuerzahlenden kommen bei der Basler Regierung meist vor jenen der Bevölkerung. BastA! ist die einzige Partei, die sich konsequent für günstige Wohnungen und Gewerberäume sowie einen öffentlichen Raum einsetzt, der allen zur Verfügung steht.

BastA setzt sich dafür ein

- dass sich die Stadtentwicklung an sozialen und ökologischen Zielen und nicht an der wirtschaftlichen «Standortförderung» orientiert. Statt prestigeträchtige Neubauten braucht es bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraum, Grünflächen, Spielplätze, Räume für alternative Lebensstile und unkommerzielle Nutzungen, sowie die gezielte Entlastung der Wohngebiete vom Durchgangsverkehr.
- dass unsere Stadt wohnlich, lebendig und dicht ist. Das erreicht man nicht, wenn die Wohnungen immer grösser werden und immer weniger Menschen darin leben. BastA! bringt dieses Thema auf den Tisch und wehrt sich dagegen, dass immer höher gebaut wird und günstige und dicht bewohnte Wohnhäuser abgerissen werden.
- dass die Regierung ihre soziale Verantwortung wahrnimmt und direkt in den Schutz und den Bau von bezahlbarem Wohn-, Arbeits- und Kulturraum investiert.
- dass der Boden wieder in Stadtbesitz kommt und nur im Baurecht abgegeben wird.
- dass die Direktbetroffenen mitbestimmen können und nicht mit einem Pseudo-Mitwirkungsverfahren abgespiessen werden. Wie wichtig dies ist, zeigt sich am Beispiel der Quartiere Klybeck/Kleinhüningen und der Auseinandersetzung um die Nutzung des Hafengebietes – Stichwort «Rheinhattan».

Zum Schluss noch eine Bitte. Der Einsatz für all diese Ziele kostet Geld.

Wir freuen uns über jede Spende und danken es Ihnen mit unserem Engagement für ein lebendiges und soziales Basel!

Tonja Zürcher und Heidi Mück

BastA!

Basels starke Alternative

BastA!
Postfach, 4005 Basel
sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40-31244-5





junges grünes bündnis
nordwest

Volksbildung statt neo-liberale Kostenlogik!

Die Regierungen beider Basel möchten, dass Studierende an der Universität Basel rund Fr. 300.- mehr pro Jahr bezahlen. Aus Sicht des jgb nordwest ist dies ein Fehler: Deswegen unterstützen wir die Petition *Nein zur Erhöhung der Studiengebühren.*



Sowohl in Basel-Stadt als auch Basel-Land wollen die Regierungen die Studiengebühren für die Studentinnen und Studenten um Fr. 150.- pro Semester erhöhen. Damit sollen die

Studierenden einen Beitrag an die Erhöhung des Budgets der Universität leisten. Die auf den ersten Blick vielleicht sinnvoll erscheinende Beteiligung von Studierenden an den Kosten der Universität hat aber einige Schönheitsfehler und macht die Studierenden schliesslich zum Bauernopfer des Gezerres um die Finanzen zwischen den beiden Trägerkantonen.

Besonders deutlich wird dies beim Betrachten des Gesamtbudgets der Universität. Dieses soll bis 2017 auf knapp 330 Millionen Franken aufgestockt werden. Die Beiträge der Studentinnen und Studenten würden sich dabei auf kaum drei Prozent des rund 680 Millionen grossen Budgets belaufen. Die Erhöhung der Semestergebühren um 150.- Franken brächte dabei wohl vier Millionen Franken mehr, was nicht einmal ein Prozent des Gesamtbudgets ausmacht.

Für finanziell schlechtgestellte und ausländische Studierende bedeutet diese scheinbar kleine Erhöhung aber eine frapierende Zusatz-

belastung und ist nicht ein symbolischer Akt. Eingedenk der ebenfalls gestiegenen Lebenshaltungskosten für Essen, Krankenkasse und Wohnung werden die Studierenden unnötig belangt – letztendlich auf Kosten von mehr Arbeits- statt Lernzeit, auf Kosten der Eltern oder der Stipendien und sozialstaatlichen Institutionen.

Dies ist nicht nur sozialpolitisch eine Falle, sondern durch die Erhöhung der Studiengebühren werden auch Studierende aus dem Ausland abgeschreckt. Jedoch tragen gerade jene nach der Ausbildung hochqualifizierten Personen zur wirtschaftlichen Prosperität der Schweiz bei.

Schliesslich muss gefragt werden, inwieweit Basel oder die Schweiz eine Volksbildung will. In einem Land ohne natürliche Ressourcen ist Bildung eines der wichtigsten gesellschaftlichen Güter. Deswegen sollte sich Basel mit seiner humanistischen Tradition der neoliberalen Kostenlogik entgegenstellen und Nein zur Erhöhung der Studiengebühren sagen.

Oliver Thommen



Parolen zu den Abstimmungen vom 24. November

Nein zum Claraturm: Siehe Artikel von Patrizia Bernasconi auf der Titelseite.

Ja zur Volksinitiative „1:12 - für gerechte Löhne“: Siehe nebenstehenden Artikel von Ueli Mäder.

Nein zur Familieninitiative: Der von der Familieninitiative vorgeschlagene Steuerabzug ist ungerecht, weil wohlhabende Personen davon mehr profitieren. Die Initiative verfehlt dabei auch ihr Ziel: gerade Familien mit mittleren und tiefen Einkommen, die eigentlich auf Unterstützung angewiesen sind, profitieren kaum vom Steuerabzug. Das gilt übrigens auch für die jetzige Lösung: Abzug für die externe Kinderbetreuung vom steuerbaren Einkommen. Wenn schon müsste der Abzug nicht vom steuerbaren Einkommen, sondern direkt von den Steuern erfolgen. Im Gegensatz zum Giesskannen-Prinzip der Initiative, mit welchem Bundesgelder wirkungslos vergeudet werden, können mit sozialpolitischen Mitteln gezielter jene Familien unterstützt werden, die auch darauf angewiesen sind. Denkbar wären beispielsweise höhere Kinderzulagen, höhere Ausbildungszulagen oder Ergänzungsleistungen für Familien mit Kindern.

Stimmfreigabe zur Erhöhung des Preises der Autobahnvignette (Nationalstrassenabgabegesetz): Gegen die Erhöhung des Preises der Autobahnvignette spricht, dass die Einnahmen, welche mit der Autobahnvignette generiert werden, vollumfänglich in die sogenannte Spezialfinanzierung Strassenverkehr fliessen. Diese Erträge müssen zweckgebunden für den Unterhalt und Ausbau des Nationalstrassennetzes eingesetzt werden. Mit einer Erhöhung auf 100 Franken fliesst mehr Geld in die Strassenkasse, als für die Beseitigung der bestehenden Engpässe nötig ist. Das überschüssige Geld wird für einen zusätzlichen Ausbau von Autobahnen angehäuft. Wir wollen aber keine zusätzlichen Strassen. Für eine Erhöhung des Preises der Autobahnvignette spricht vor allem das Verursacherprinzip. Auch kann bezweifelt werden, ob auch nur eine Strasse weniger gebaut würde, wenn weniger Geld durch den Vignettenverkauf hereinkommt. Dann würde das Geld eben aus dem ordentlichen Budget genommen.

Besuchen Sie unsere Website:
www.basta-bs.ch

Soyez réalistes, demandez l'impossible!

Initiative 1:12

Die Jusos verlangen, den obersten Lohn in einem Unternehmen nur auf das Zwölfwache des untersten zu beschränken. Das ist grosszügig, aber weiterführend.



Die Juso-Initiative betrifft gut tausend Unternehmen. In ihnen erhalten 4'400 Personen Löhne über 664'000 Franken. Da ist die obere Grenze. Der moderate Vorschlag könnte von

kleinen und mittleren Unternehmen kommen. Bei ihnen liegen die maximalen Löhne deutlich unter dem Zwölfwachen der minimalen. Anders verhält es sich beim Nestlé-Chef. Er leistet offenbar 238 Mal so viel wie eine seiner Angestellten.

Was hinter den Zahlen steckt

Der Gewerbeverband bestellte bei der Uni St. Gallen eine Studie über die Juso-Initiative. Der Staat verliere jährlich bis zu 4 Mrd. Franken, nimmt das extremste Szenario an. Es geht davon aus, dass fünf Prozent der Unternehmen abwandern, weitere Löhne gekürzt und eingesparte Mittel unproduktiv eingesetzt würden. Medien rücken dieses Szenario in den Vordergrund. Der Autor der Studie hält andere Szenarien für wahrscheinlicher. Werden zum Beispiel die Löhne der Manager auf eine halbe Million Franken pro Jahr begrenzt, dann bringen die steigenden Gewinne und Dividenden 270 Millionen Franken mehr Steuern. Die AHV-Einnahmen dürften allerdings um 460 Millionen sinken. So ergäbe sich noch ein Verlust von 190 Mio. Franken. Werden indes, wie ein weiteres Szenario vorsieht, die Löhne auf eine halbe Million Franken begrenzt und mit dem gesparten Geld die unteren Löhne angehoben, dann sinken die Bundessteuern um 250 Millionen und bei der AHV bleiben die Einnahmen unverändert. Das bedeutete dann ein Verlust von 250 Mio. Franken. Das wäre rund ein Sechzehntel der 4 Mrd. Franken.

Als neutralste Studie gilt (laut BaZ vom 5.10.2013) jene der ETH. Nach ihr könnten durch die Initiative bis zu 1,5 Mrd. Franken wegfallen. Das wären 0,5% der Löhne von 300 Milliarden Franken. Bei der AHV kommt die ETH ebenfalls auf viel tiefere Ausfälle, nämlich auf maximal 125 Mio. Franken; zumal für die AHV nur Jahres-

löhne bis 84'000 Franken rentenbildend sind. Aber letztlich blieben die Folgen unklar, räumt die Studie ein. Sie liessen sich kaum prognostizieren, da weitere Faktoren mitspielen. Dazu gehört wohl die Zuversicht, die aufkommt, wenn eine Gesellschaft die Egomane einer Wirtschaft begrenzt, die offenbar nicht in der Lage ist, sich selbst zu regulieren. Das könnte Jugendlichen signalisieren, wie sinnvoll es ist, sich für mehr Gerechtigkeit zu engagieren.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Der Chef der Novartis Schweiz warnt in einem persönlichen Schreiben Mitarbeitende und Ehemalige des Konzerns vor der Initiative. Dies mit Verweis auf die 14'000 Arbeitsplätze in der Schweiz, die sich nur aufrecht erhalten liessen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. „Motivieren Sie

Ihre Mitarbeitenden, sich gegen diese Initiative zu engagieren“, schreibt auch der Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt den Mitgliedern (in: kmu news 10/2013). Er zitiert dabei, Sinn entstellend, Stéphan Hesses Schrift: „Empört Euch!“ Und moniert, die Juso-Initiative bestrafe die KMU mit höheren Steuern und weniger Aufträgen. Der Hinweis auf die gefährdeten Arbeitsplätze kommt immer. (Auch von einzelnen Gewerkschaften, wenn sie Waffenexporte legitimieren.) „Setzen Sie ein Zeichen“, schreibt Barel weiter. Er lehnt sich dabei an den Wahlkampflogan der Deutschen Linken an. Dass in der Schweiz einzelne grüne und sozialdemokratische Abgeordnete die Juso-Initiative torpedieren, hat aber

Der moderate Vorschlag könnte von kleinen und mittleren Unternehmen kommen. Bei ihnen liegen die maximalen Löhne deutlich unter dem Zwölfwachen der minimalen.

damit nichts zu tun. Sie kritisieren, die Initiative liesse sich ohnehin nicht realisieren bzw. über Schlupflöcher umgehen. Die Juso-Initiative gefährde den Wirtschaftsstandort, das ist wohl das häufigste Argument, das in der aktuellen Debatte oft als Drohung daher kommt. Wie gehabt. So etwa bei der Abschaffung der Pauschalsteuer in Zürich, die allerdings statt dem befürchteten Exodus der Reichen erhebliche Mehreinnahmen bringt. Oder bei der Minderinitiative, zu der inzwischen auch ein Wirtschaftsredaktor der Basler Zeitung (vom 5.10.2013) schreibt, dass das Ja weder irrational noch schädlich für die Schweizer Wirtschaft war. Und zum Bankgeheimnis klagt Sergio Ermotti, CEO der UBS (im TA vom 31.10.2012), zu lange daran festgehalten zu haben. Und Franz Steinegger, der frühere FDP-Präsident ergänzt, die Bürgerlichen hätten zu lange die „nützlichen Idioten“ gespielt.



Vor ein paar Jahrzehnten plädierte ich dafür, eine 1:2 Initiative zu lancieren. Später schlug ich noch, etwas reformistischer, ein Verhältnis von 1:3 vor. Als die Juso dann ihre Initiative lancierten, dachte ich: warum nicht wenigstens 1:6? Das wäre doch politisch brisant. Aber 1:12 ist es offenbar auch. Und wie! Den Juso sei Dank. Statt nur von gerechten Löhnen zu träumen, agieren sie konkret. Mit einer Initiative, die durchaus mehrheitsfähig ist. Das Volk stimmt am 13.13.2013 bestimmt zu. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Soyez réalistes, demandez l'impossible!

Ueli Mäder



„Rebellische Städte“ lautet der Titel des neuesten Buches von David Harvey, das kürzlich auch auf Deutsch erschienen ist. Hans Schäppi hat sich mit dem Buch auseinandergesetzt und schildert im folgenden Artikel seine Eindrücke.



Rebellionen in den Städten, wie heute in Istanbul, Kairo, Madrid oder Sao Paulo bilden den aktuellen Hintergrund des Buchs von Harvey, das 2012 geschrieben wurde und nun in

deutscher Übersetzung erschienen ist. Stadtökonomie und Urbanisierungsprozesse als zentrale Bereiche der kapitalistischen Entwicklung spielen in der bürgerlichen Marktökonomie, aber auch bei Marxisten eine bescheidene Rolle. Letztere konzentrieren sich meist auf die Produktionsprozesse und vernachlässigen tendenziell das, was Marx die sekundäre Ausbeutung genannt hat: „Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten beendet, dass er seinen Arbeitslohn bar ausbezahlt erhält, so fallen andere Teile der Bourgeoisie über sie her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher etc.“ (Kommunistisches Manifest MEW 4, S.469). Als Zentren der Produktion und der Reproduktion eröffnen die Städte ein weites Feld der Ausbeutung und Enteignung. Ein stetiger Finanztransfer zu den Besitzenden findet insbesondere auch im Immobiliensektor, einem Kernbereich der Stadtökonomie, statt.

Urbane Wurzeln kapitalistischer Krisen

Es gibt einen klaren Zusammenhang von Entwicklungen des Kapitalismus und Urbanisierung: Das Wachstum entwickelt sich parallel zur Verstädterung der Weltbevölkerung. Der Städtebau übernimmt



mithin eine spezifische Rolle in der kapitalistischen Entwicklung. Investitionen in grosse Bauten der städtische Infrastruktur und der Verkehrssysteme benötigen viel Kapital und setzen oft ein Engagement der Grossbanken und des Staates voraus. Zudem sind es langfristige Investitionen, deren spätere Rentabilität nicht exakt vorausgesagt werden kann. So sind diese Investitionen nicht nur krisenanfällig, sondern in einer Krise ist auch keine rasche Bereinigung möglich. Dies erklärt deren zyklischen Charakter mit längeren Aufschwüngen und darauf folgenden langwierigen Krisenphasen. Alle grossen Krisen, wie die lange Depression nach 1873, die Krise der 1930er-Jahre, aber auch die jüngste Krise seit 2007 waren und sind so zu einem wichtigen Teil Immobilienkrisen. Da es meist gelingt, die Krisenfolgen auf die breite Bevölkerung abzuwälzen, sei es mit Zwangsvollstreckungen bei Wohnungen, Lohnrestriktion oder Sparpolitik im Sozial- und Bildungsbereich, sieht man in städtische Krisen beispielhaft, was Klassenkampf von oben ist.

Auch die heutige Krise seit 2007/2008 ist eine städtische Krise. Schon seit Mitte der 1980er-Jahre haben die Schwierigkeiten zugenommen, für das überschüssige Kapital rentable Anlagemöglichkeiten zu finden. Im Gegensatz zu den vorgelagerten regionalen Krisen, der Krise in Japan seit 1990, der Asienkrise, der Save-and-Loan-Krise in den USA, ist die Weltwirtschaftskrise seit 2007 durch eine globale Gleichzeitigkeit gekennzeichnet, auch wenn die Ausprägungen z.B. in China, Brasilien, Deutschland, Schweiz weniger stark ausfielen, was einen noch grösseren Absturz verhindert hat. Da sich die Problematik stetig verschärft und das kapitalistische System zunehmend an seine ökonomischen und ökologische Grenzen stösst, kann mit

Harvey von einer Systemkrise gesprochen werden. Der Urbanisierungsschub vor dem Krisenausbruch 2007/2008 war gekennzeichnet durch eine Verstärkung früherer Tendenzen, einen gewaltigen Wandel des Lebensstils und einen ungehemmten Konsumismus. Die Stadt wird zu einem Konsumgut der Leute mit Geld, vollgepflastert mit Banken, Geschäften, Boutiquen und Büros. Sie wird zum Zentren des Einkaufstourismus, der Kultur- und Wissensindustrie und der Ökonomie des Spektakels. Hier tobt sich die neoliberale Ethik eines habgie-



rigen Individualismus und Konsumismus aus mit den negativen Folgen einer zunehmenden Isolation, mit vielen Ängsten und Neurosen. In den städtischen Krisen werden aber auch die Risse im System sichtbar, wenn die konsumistische Befriedung ihre Grenzen erreicht und die Jugend sowie andere Teile der Bevölkerung zu rebellieren beginnen.

Die Stadt für den antikapitalistischen Kampf zurückgewinnen

Gemäss Harvey müssen heute Antworten auf drei Hauptprobleme gefunden werden: auf die erdrückende Armut eines grossen Teils der Weltbevölkerung, auf die Umweltzerstörung und auf den Wachstumswahnsinn einer ungebremsen kapitalistischen Akkumulation. Um dies zu erreichen, braucht es eine Reform des Staates, eine demokratische Kontrolle der Produktion und eine kontrollierte Verwendung der Überschüsse. Dies wird nicht möglich sein, ohne Bruch mit traditionellen linken Vorstellungen. Nötig ist es, das Problem der Klasse und das Terrain der Auseinandersetzung mit dem Kapital neu zu definieren.

Ausbeutung gibt es nicht nur am Arbeitsplatz. Das klassische Fabrikarbeiterproletariat ist in den traditionellen Industrieländern am Schwenden und zum Teil privilegiert und in die Unternehmen eingebunden. Deshalb werden in zukünftigen Konflikten andere Schichten wie Bau- und TransportarbeiterInnen, Frauen im Verkauf und in der Restauration oder Hausangestellte eine wichtige Rolle spielen. Zudem sind nach Harvey die Probleme im Reproduktionsbereich für das Klassenbewusstsein heute prägender als die berufliche Stellung im Unternehmen. Die Stadt, in der sich die Probleme des Produktions- und des Reproduktionsbereichs überschneiden,

Auch die heutige Krise seit 2007/2008 ist eine städtische Krise.

Die Stadt, in der sich die Probleme des Produktions- und des Reproduktionsbereichs überschneiden,

wird folglich in Zukunft noch stärker das Zentrum der Auseinandersetzung bilden, wobei Städte auch früher schon eine wichtige Rolle gespielt haben, wenn wir an die Kommune in Paris 1871, oder an Lenin-grad in den russischen Revolutionen 1905 und 1917 oder auch den Cordobazo 1969 in Argentinien oder den Caracazo 1989 in Venezuela denken. In der Stadt treffen verschiedenste Gruppen aufeinander. Lokale Organisationen, in denen diese zusammengeführt werden, sind wichtig, wenn wir etwa an die Bedeutung der Quartierorganisationen in den sozialen Kämpfen in El Alto in Bolivien oder in Caracas in Venezuela denken, welche einen Transformationsprozess ermöglicht haben. Im Zentrum dieser Kämpfe muss das Recht auf Stadt stehen, das Recht auf eine alternative Entwicklung in der Stadt. Recht auf Stadt heisst Recht auf kollektive Gestaltung der Stadt, welche uns allen gehört, und Kampf gegen eine destruktive Urbanisierung, die von den Interessen des Kapitals, der Banken und der multinationalen Unternehmen bestimmt ist.

Und wir in Basel?

Basel ist als Sitz der Pharma-, Agro- und Chemiekonzerne im Rahmen der ungleichen Entwicklung, der immer härter werdenden und durch die neoliberale Deregulierungspolitik angeheizte Standortkonkurrenz in einer spezifischen und teilweise privilegierten Situation. Bezeichnenderweise halten sich hier, mindestens vorläufig, die politischen Konflikte in Grenzen. Wie andere privilegierte Städte oder Staaten wird Basel von einer rot-grün-bürgerlichen Klassenallianz regiert, welche die Modernisierung der Stadt



und ihre Vermarktung als Kulturstadt im Interesse der Leute mit Geld, der Multis, der Banken und des Immobilienbereichs ohne grösseren Widerstand vorantreibt. Rot-grüne Regierungen sind dazu besonders geeignet, da sie eine mögliche Opposition gegen eine kapitalistische Modernisierungspolitik marginalisieren können. Basel besitzt aber auch als Resultat des Roten Basels der 1930er-Jahre eine starke genossenschaftliche und kommunale Tradition. Mit diesem Hintergrund werden die Pläne der Regierung gebremst, Basel zu einer Stadt der Yuppies, Expats und Konsumfreaks zu machen. Deshalb ist es auch in Basel äusserst wichtig, sich intensiv und grundlegend mit der Stadtentwicklung auseinanderzusetzen. Es wird entscheidend sein, im Interesse der breiten Bevölkerung, der diese Stadt gehört, alternative Konzepte zu entwickeln. In Basel benötigen wir ebenfalls Organisationen, die bei zunehmenden Konflikten den aufkommenden Widerstand, sei dies im Wohnbereich, in den Betrieben oder im Bildungsbereich, z.B. an den Universitäten, zusammenführen und koordinieren können. Basel ist das Resultat der Arbeit sei-

Ein stetiger Finanztransfer zu den Besitzenden findet insbesondere auch im Immobiliensektor, einem Kernbereich der Stadtökonomie, statt.

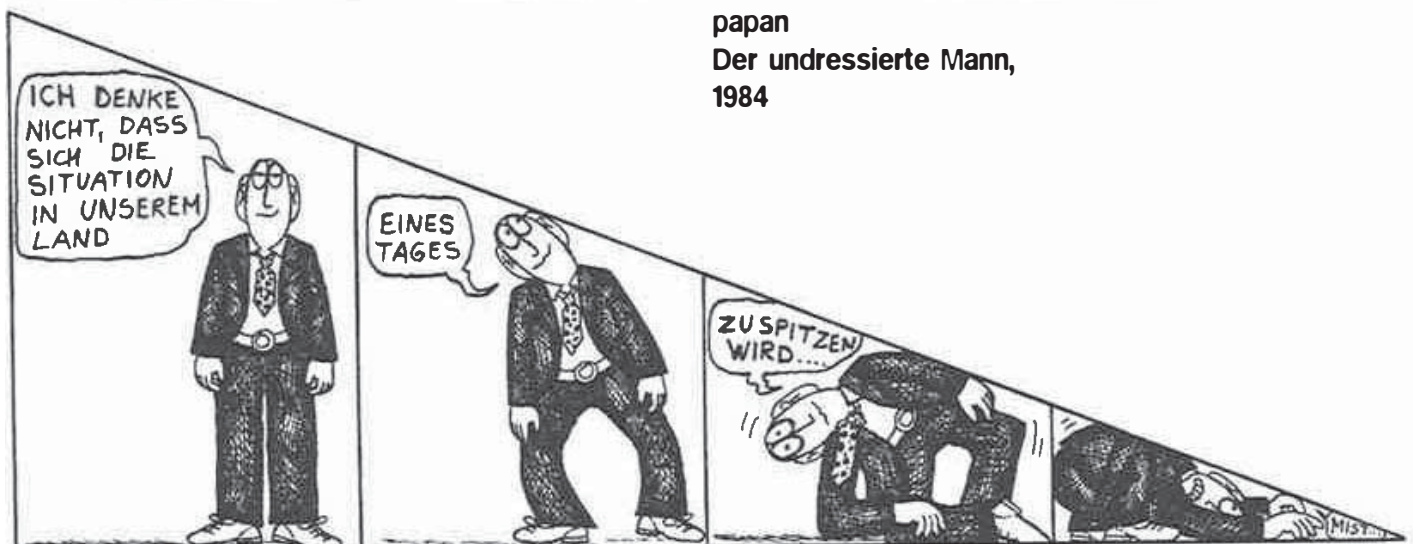
Der Autor des Buches

David Harvey, geboren 1935 in England, wurde während den Rassenunruhen und der 68er-Bewegung zu seiner Beschäftigung mit der Stadt angeregt. Seine klassische Studie ist diejenige über die Transformation von Paris durch den Stadtarchitekten Hausmann unter Napoleon III. Hausmannisierung meint die Herrichtung der Stadt gemäss militärischen Gesichtspunkten zur Bekämpfung revoltierender ArbeiterInnen, welche beispielsweise gegen den Aufstand der Pariser Kommune 1871 zum Tragen kam. Interessant sind jedoch vor allem die vielfältigen Studien zur heutigen Stadtentwicklung. Als kritischer Marxist versteht er die Stadt nicht als Objekt, sondern als Urbanisierung, einen widersprüchlichen Prozess mit Aufschwungsphasen und Krisen. Zudem erfasst er kapitalistische Akkumulationsprozesse nicht nur in ihren verschiedenen ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Dimensionen, sondern auch in ihren je spezifischen zeitlichen und räumlichen Strukturen. Er thematisiert damit konsequent ungleiche Entwicklungen; von grosser Aktualität ist auch seine Theorie des modernen Imperialismus.

David Harvey: Rebellische Städte. Edition Suhrkamp 2657, Berlin 2013.

ner Bewohnerinnen und Bewohner. Diese müssen auch das Recht haben, die Stadt für ihre Interesse und Anliegen zu gestalten; verhindert werden soll, dass sich die Privilegierten die Früchte kollektiver Bemühungen weiterhin aneignen.

Hans Schöpfi



papan
Der undressierte Mann,
1984

Werden Sie Mitglied

„Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.“ Diese alte Feststellung ist heute aktueller denn je: Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Betriebe und Entsolidarisierung der Gesellschaft sind die Stichworte. Wir sagen dazu Basta! und haben uns 1995 in „Basels starker Alternative“ zusammengeschlossen.

Wenn Sie unsere politischen Grundsätze teilen, sind Sie bei uns jederzeit als Mitglied willkommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website:

www.basta-bs.ch

Ich interessiere mich für Basta! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von Basta! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten Basta!-Versand.

Ich will Mitglied von Basta! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von

Fr. _____.–

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
Basta!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Guy Morins Lobeshymne auf Syngenta

Wie der Online-Ausgabe der TagesWoche zu entnehmen war, wird Basel sich an der Expo in Mailand beteiligen. Im Zentrum dieser Ausstellung sollen Welternährung, Gesundheit und Nachhaltigkeit stehen. Vor diesem Hintergrund ist es äusserst befremdend, dass Basel ausgerechnet den Agro-Konzern Syngenta als Hauptsponsor präsentiert. Noch befremdlicher ist, dass der grüne Regierungspräsident Guy Morin den Konzern in den höchsten Tönen lobt. «Durch ihre Forschung, globale Präsenz und die enge Zusammenarbeit mit ihren Kunden hilft Syngenta, die Ernteerträge und die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern», liess sich laut TagesWoche das Präsidialdepartement vernehmen. Für alle, die sich kritisch mit dem Agro-Konzern beschäftigt haben, klingen solche Worte nur zynisch. Denn Syngenta ist alles andere als ein Wohltäter der Menschheit.

• Laut der Erklärung von Bern führt das von Syngenta hergestellte Herbizid Paraquat zu Vergiftungen und Todesfällen bei Landarbeitern.

• Bei Auseinandersetzungen um ein Versuchsfeld in Brasilien tötete die von Syngenta beauftragte Bewachungsfirma im Jahr 2007 zwei Landarbeiter,

• Dass gentechnisch veränderte Pflanzen einen Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers leisten, ist ein Märchen. Das Ge-

genteil ist der Fall. Nach anfänglicher Reduktion steigt der Pestizidverbrauch wieder massiv an. Ausserdem werden Kleinbauern vom Konzern abhängig, und die Biodiversität wird reduziert.

• Patente auf Pflanzen und Lebewesen führen zur Monopolisierung der Ernährung. Zur Bekämpfung des Welthungers wäre aber das genaue Gegenteil gefragt: Ernährungssouveränität.

• Wie der Film „More than Honey“ eindrücklich zeigte, tragen einige von Syngenta vertriebene Pestizide entscheidend zum Bienensterben bei.

• Syngenta versucht, mit aggressivem Lobbying Einfluss auf Politik und Forschung zu nehmen und Kritiker zu diskreditieren. Ausserdem wird dem Konzern vorgeworfen, Forscher für Gefälligkeitsgutachten zu kaufen.

Diese Liste der Vorwürfe an die Adresse von Syngenta ist keineswegs vollständig. Der Sponsorenvertrag mit dem Konzern ist jetzt vermutlich nicht mehr rückgängig zu machen. **Basta! erwartet aber von der rot-grünen Regierung, dass sie es ermöglicht, in Mailand auch die kritischen Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Beispielsweise, indem der Erklärung von Bern eine Ausstellungsfläche zur Verfügung gestellt wird.**

Das Wort zum politische Alltag

Sie sagen nicht mehr: „Das habe ich vor! Wer wählt mich?“ Sie winseln: „Bitte, was soll ich vorhaben, damit mich einer wählt?!?“

Werner Schneyder

Impressum: Nr. 4/Oktober 2013. Herausgeber: Förderverein Basta!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel